



Presseschau vom 15.05.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

vormittags:

lug-info.com Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden sechsmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo**, **Smeloje** und **Kalinowo-Borschtschewatoje**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **US-Versuch, S-400-Kauf zu verschieben: Putin-Berater über aktuellen Stand des Deals mit Ankara**

Der Berater des russischen Präsidenten Juri Uschakow hat verraten, wie es aktuell um die Umsetzung des Deals über die S-400-Lieferung an die Türkei bestellt ist.

„Wir wissen, dass die Amerikaner darauf (die Verschiebung des S-400-Kaufs – Anm. d Red.) bestehen. Aber die Vereinbarung, die vor einigen Monaten getroffen wurde, wird mit Volldampf umgesetzt“, versicherte Uschakow.

„Es gibt keine Störungen“, fügte er hinzu.

Am Montag hatte Bloomberg unter Berufung auf Quellen gemeldet, dass die Regierung von Donald Trump die Türkei in der Vorwoche gebeten haben soll, die für Juli geplante Anschaffung der Luftabwehrkomplexe bis 2020 aufzuschieben.

Zuvor hatte der geschäftsführende US-Verteidigungsminister, Patrick Shanahan, geäußert, dass der Ankauf russischer Flugabwehrsysteme durch die Türkei mit der Beschaffung US-amerikanischer F-35-Jets „unvereinbar“ sei.

Vergangene Woche hatte die „Bild“-Zeitung berichtet, dass der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdogan, auf den S-400-Deal verzichten werde. Diese Nachricht wurde allerdings

schnell von Fahrettin Altun, dem Kommunikationschef des Präsidentenbüros, dementiert. Russland und die Türkei hatten im Dezember 2017 ein Kreditabkommen zur Lieferung von S-400 unterzeichnet. Ankara kauft demnach zwei Batterien, die von türkischen Militärs bedient werden sollen. Zwei weitere Batterien sollen in der Türkei montiert werden. Die USA und andere Nato-Länder hatten Ankara wiederholt wegen des Deals mit Moskau kritisiert. Zudem hatte das Pentagon der Türkei klar gemacht, dass der Erwerb der russischen Raketenabwehrsysteme S-400 ihre Teilnahme am Programm zur Entwicklung des neuesten US-amerikanischen F-35-Jagdbombers völlig ausschließen werde. Der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Eric Pahon, hatte gegenüber russischen Medien erklärt, dass Washington den S-400-Erwerb durch die Türkei als einen „strategischen Trick“ Moskaus betrachte, der darauf abziele, einen Keil zwischen Ankara und seine westlichen Verbündeten zu treiben.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32256/09/322560978.jpg>

de.sputniknews.com: **Washington verordnet teilweisen Abzug von Botschaftsmitarbeitern aus dem Irak**

Washington hat einer Reihe seiner im Irak tätigen Staatsbeamten angeordnet, das Land zu verlassen. Dies geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung der US-Botschaft im Irak hervor.

Die Anordnung betrifft nicht dringend benötigtes Personal der US-Botschaft in Bagdad und des Konsulats in Erbil.

An beiden Standorten sei der Visa-Service derzeit ausgesetzt, hieß es. Der Notfallservice für US-Bürger im Irak wurde ebenfalls eingeschränkt.

Ein Grund für den Schritt wurde vorerst nicht genannt. Allerdings könnte ein Zusammenhang mit der Eskalation im Streit mit dem Iran bestehen. Am Dienstag war berichtet worden, dass die US-Armee ihre Alarmstufe im Irak und in Syrien erhöht habe.

Ukrinform.ua: US-Außenminister Pompeo ruft Russland zu Gesprächen mit Selenski auf
Bei einer Pressekonferenz nach dem Treffen sagte Pompeo, er habe Russland zur Gesprächen mit dem neuen Staatschef der Ukraine aufgerufen, um Führungsqualitäten zu beweisen und einen Schritt zum Ausweg aus der Pattsituation zu machen. Pompeo stellte weiter noch einmal klar, dass die USA die Annexion der Krim nicht anerkennen und die damit verbundene Sanktionen gegen Russland in Kraft bleiben. Außerdem sagte er, dass sich die USA für die Freilassung von 24 ukrainische Seeleuten, die von Russland in der Straße von Kertsch festgenommen wurden, aussprechen. Auch die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und eine Waffenruhe im Donbass waren laut Pompeo Themen seine Gesprächs mit Lawrow.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. Mai 3:00 Uhr bis 15. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Wasiljewka,, Wesjoloje, Spartak, Donezk (Terminal, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Staromichajlowka, Dsershinskoje, Leninskoje.**

Wie schon mitgeteilt wurde, geriet das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke unter Beschuss, das Personal musste sich in den Schutzraum begeben.

Außerdem wurde durch Beschuss von Seiten der BFU auf den **Petrowskij-Bezirk von Donezk** eine Stromleitung in der Anantschenko-Straße 3a beschädigt. Inzwischen ist die Stromversorgung wieder in Betrieb.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 39.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 172.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Ein Jahr im Betrieb: Interessante Fakten zur Krim-Brücke

Die Krim-Brücke - ein Symbol der Einheit der Schwarzmeer-Halbinsel und Russlands – feiert am heutigen Mittwoch ihren ersten Jahrestag. Genau vor einem Jahr wurde die Brücke für den Autoverkehr freigegeben. Aus diesem Anlass hat das Informationszentrum der Brücke einige interessante Fakten über deren technischen Eigenschaften veröffentlicht.

Mit einer Länge von 19 Kilometern ist die Brücke die längste in Russland. Die Metallvorrichtungen über die Straße von Kertsch wiegen 260.000 Tonnen, was der Masse von 36 Eifeltürmen entspricht. Getragen wird sie von 595 Pfeilern.

Einige Pfeiler sind in einer Tiefe von 105 Metern unterhalb des Meeres befestigt – so hoch wäre ungefähr ein 35-stöckiger Wolkenkratzer. Nur ein Brückenfeld für den Eisenbahnverkehr ist mehr als 500 Tonnen schwer - zum Vergleich: Die Internationale Weltraumstation (ISS) wiegt 450 Tonnen. Bei den Bauarbeiten wurden übrigens mehr als 700 explosive Gegenstände aus früheren Jahrzehnten gefunden.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Autobahnstrecke der Brücke am 15. Mai 2018 eingeweiht. Am 1. Oktober wurde die Strecke auch für den LKW-Verkehr freigegeben. Der erste Eisenbahnzug soll im Dezember 2019 über die Brücke fahren.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32363/47/323634739.jpg>

nachmittags:

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben nationalistische Banden der Ukraine heute um 12:50 Uhr das Feuer aus Richtung Nowoselowka Wtoraja in Richtung Wasiljewka mit Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Unter Beschuss geriet das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke, das Personal war gezwungen in die Schutzräume zu gehen.

de.sputniknews.com: **Im Vorfeld des Treffens mit Putin: Van der Bellen zeigt Verständnis für Russland**

Österreichs Präsident Alexander Van der Bellen hat im Vorfeld seines heutigen Treffens mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin Verständnis für Russland gezeigt. Dazu äußerte er sich in einem ORF-Interview.

„Man muss etwas haben, was Russen und Österreicher gemeinsam haben, nämlich Geduld. Es bringt nichts zu erwarten, dass man in fünf Minuten sehr schwierige Probleme lösen kann“, sagte er wörtlich.

Zugleich übte Van der Bellen Kritik an den USA, wobei er betonte, dass unter „normaler Diplomatie“ zu verstehen sei, miteinander zu sprechen, sich in den anderen hineinversetzen zu können. Jedoch gebe es Länder, „die diesen Weg nicht verfolgen, und ich finde das nicht gut“.

Die Zusammenkunft des österreichischen Staatschefs mit seinem russischen Amtskollegen findet heute in Sotschi statt. Internationale Fragen, wie etwa die Themen Iran und China, stehen laut dem österreichischen Bundespräsidenten auf der Agenda.

Danach werden die beiden Staatsoberhäupter am Dialogforum „Sotschi-Dialog“ teilnehmen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32102/94/321029410.jpg>

Dnr-online.ru: In Donezk haben Mitarbeiter des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR eine erneute Überprüfung der Lebensbedingungen und der Organisation des Erziehungs- und Unterrichtsprozesses in der staatlichen allgemeinbildenden Einrichtung „Donezker Schulkinderheim Nr. 1“ durchgeführt. (Es handelt sich um das Schulkinderheim, über das die KP der DVR eine Patenschaft hat, bei der unten beschriebenen Veranstaltung wurde über die Aktion am 15.4. in Berlin und über das UZ-Pressesfest berichtet; Anm. d. Übers).

Derzeit lernen in der Bildungseinrichtung für die 1. bis 11. Klasse 163 Kinder im Alter zwischen 7 und 18 Jahren. Zum Zeitpunkt der Überprüfung befanden sich 24 Kinder zur Erholung in der staatlichen Einrichtung der RF „Erholungskomplex Snegiri“, die zur Administration des Präsidenten der RF gehört und sich bei Moskau befindet, weitere zehn Kinder nahmen an einem Futsal-Turnier in Sankt Petersburg teil.

Die Leitung der Einrichtung hat eine produktive Zusammenarbeit mit Vertretern internationaler und gesellschaftlicher Organisationen organisiert. Am Tag der Überprüfung wurde auf einer Veranstaltung in dem Schulkinderheim ein Foto-Bericht über die Teilnahme an der Aktion „Wir sind für Frieden“ vorgestellt. Im Rahmen dieser Aktion wurden Bilder von Schülern der Einrichtung in Deutschland auf Kundgebungen ausgestellt, auf denen die aggressiven Handlungen der ukrainischen Regierung gegen die Einwohner des Donbass verurteilt wurden. Der Fotobericht wird im Museum der Schule ausgestellt.

Außerdem fand ein Arbeitstreffen mit der Leitung des Schulkinderheims statt, bei dem es um Fragen der materiellen Alltagsausstattung und der medizinischen Versorgung, die Organisation des Unterrichtsprozesses und die Realisierung von kulturellen Veranstaltungen ging. Während der Unterhaltung äußerten die Vertreter der Schulleitung einige Wünsche zur Verbesserung der materiell-technischen Ausstattung, die die Mitarbeiter der Menschenrechtseinrichtung aufnahmen.

Im Ergebnis der Überprüfung haben die Mitarbeiter des Apparats der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR die Lebensbedingungen und die Organisation des Erziehungs- und Unterrichtsprozesses im Donezker Schulkinderheim Nr. 1 positiv bewertet.

Die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa äußerte ihre Dankbarkeit gegenüber der Leitung und den Mitarbeitern der Einrichtung für ihre zuverlässige Arbeit.

de.sputniknews.com: **Bundeswehr setzt Ausbildung im Irak wegen Spannungen aus**
Die Bundeswehr hat den Ausbildungsbetrieb für die Streitkräfte im Irak wegen der zunehmenden regionalen Spannungen ausgesetzt, meldet die DPA am Mittwoch.

Der Schritt sei zu Wochenbeginn zusammen mit den Partnern der Anti-IS-Koalition vollzogen worden, so die Agentur unter Berufung auf eine Quelle in Militärkreisen in Berlin. Die Aufmerksamkeit mit Blick auf eine größer werdende Bedrohung sei gestiegen. Am Mittwoch wurden auch die Verteidigungspolitiker des Bundestages informiert.

Die Bundeswehr ist von Jordanien aus am Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Syrien und im Irak beteiligt und hat im Irak derzeit etwa 160 deutsche Soldaten stationiert. Davon sind etwa 60 Soldaten in einem Militärkomplex in Tadschi, nördlich von Bagdad, wo die Ausbildung für Kräfte der irakischen Streitkräfte läuft. Rund 100 Soldaten sind im Kurdengebiet im Norden des Landes.

Im Iran-Konflikt hatten die US-Streitkräfte erst am Dienstag ihre Alarmstufe für die im Irak und in Syrien stationierten Truppenteile der Anti-Terror-Operation Inherent Resolve (OIR) erhöht. Mögliche Bedrohungen gegen US-Truppen im Irak würden beobachtet, hieß es.

Ukrinform.ua: Ukrainische Regierung reagiert auf mit Gegenmaßnahmen auf russische Sanktionen

Die Regierung der Ukraine hat Gegenmaßnahmen als Antwort auf eine Einführung von neuen russischen Sanktionen gegen die Ukraine verhängt.

Das hat die Regierung in einer Sitzung am Mittwoch beschlossen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Maßnahmen sehen die Einführung von Sonderzöllen auf einige Warengruppen aus Russland ab dem 1. August 2019 sowie Einfuhrverbote für einige Warengruppen, unter anderem in den Bereichen Industrie- und Agrarproduktion, Mineraldünger und Fahrzeuge vor. Einnahmen aus den Sonderzöllen werden in einen Fonds für Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums für die Importsubstitution übernommen. Es werden Einnahmen in Höhe von 3,7 Milliarden Hrywnja erwartet.

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die ukrainischen Kämpfer haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal provokativen Beschuss** durchgeführt, darunter mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **mehr als 100 verschiedene Geschosse abgefeuert**.

...

Das Kommando der bewaffneten Formationen der Ukraine konzentriert weiter **Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie**. Unsere Aufklärung hat drei Panzer und vier Schützenpanzer der 54. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern in Nowoswanowka entdeckt. So verstecken sich die ukrainischen Kriegsverbrecher hinter friedlichen Einwohnern und bringen sie in tödliche Gefahr.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte nehmen die nicht kampfbedingten Verluste weiter zu.

Am 14. Mai starb bei Schießübungen in einer Einheit der 54. mechanisierten Brigade ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte aufgrund der Detonation einer RGD-5-Granate, zwei weitere wurden verletzt.

Nach bereits eingespieltem Schema hat der Brigadekommandeur Majstrenko diese nicht kampfbedingten Verluste als kampfbedingt, angeblich infolge von Beschuss von Seiten der Volksmiliz, an den übergeordneten Stab gemeldet.

In der OOS-Zone geht der **Verkauf von Waffen und Munition an örtliche Einwohner** durch ukrainische Soldaten weiter.

In Troizkoje, im Verantwortungsbereich der 30. Brigade hat der SBU ein von Soldaten der Brigade organisiertes Netz für Waffen- und Munitionshandel entdeckt. Um zu ermitteln, sind Mitglieder der Militärstaatsanwaltschaft im Stab der Brigade eingetroffen.

Wie uns von einer informierten Quelle in der 30. Brigade bekannt wurde, wurden bei den Ermittlungen vier Soldaten festgenommen, darunter einer der stellvertretenden

Bataillonskommandeure.

de.sputniknews.com: **Pompeo in Russland: Provokative Erklärung vor dem Hintergrund globaler Probleme**

Natalia Pawlowa

US-Außenminister Mike Pompeo hat während seines ersten Besuches in Russland vor einer russischen Einmischung in die im nächsten Jahr anstehenden Präsidentenwahlen in den USA gewarnt. Diese Äußerung bezeichnete der Experte für internationale Politik Dmitri Danilow als unbegründete provokatorische Erklärung.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat bei seinem Treffen mit Pompeo in Sotschi die Auffassung geäußert, dass die Dialogkanäle zwischen beiden Staaten größtenteils wegen einer Welle unbegründeter Anschuldigungen angeblicher Versuche Russlands, die vergangenen amerikanischen Wahlen zu beeinflussen, eingefroren worden waren. Pompeo warnte jedoch Russland vor einer Einmischung bei den Wahlen im kommenden Jahr. „Wir ermutigen sie, das nicht zu tun. Wir werden das nicht tolerieren“, sagte Pompeo.

Damit erfüllte er einen Auftrag von Chuck Schumer, dem Fraktionsführer der Demokraten im US-Senat, Russland vor Einmischung in die Wahlen in den Vereinigten Staaten zu warnen, obwohl es immer noch keine Hinweise auf eine solche Einmischung gibt.

„Dies ist eine provokative Aussage, die natürlich unbegründet ist. Trotzdem ist es wieder möglich, die Position beider Seiten eindeutig zu bestimmen. Das heißt, zu erklären, dass es keinen gezielten russischen Einfluss auf die Wahlen in den USA gab, und damit ein günstigeres Umfeld für einen neuen Wahlkampf in den USA zu schaffen“, sagte Dmitri Danilow, Leiter des europäischen Sicherheitssektors am Europa-Institut, im Sputnik-Gespräch.

Ihm zufolge mangelt es heute eindeutig an politischem Dialog auf beiden Seiten. Die Tatsache, dass die Frage eines persönlichen Treffens zwischen den Präsidenten Russlands und der Vereinigten Staaten lange Zeit in der Schwebelage gewesen sei, unterstreiche die Schwere des Problems. Daher könne der Besuch von Pompeo als Ausgleich angesehen werden, so der Experte.

Der Besuch fand zu einem schwierigen Zeitpunkt statt. Nukleare Abrüstung (INF-Vertrag, START-3), Venezuela, Syrien, oder der Iran – in diesen Fragen sind die USA und Russland sich selten einig. Pompeo kam aus Brüssel, wo das Problem des Atomabkommens mit dem Iran diskutiert wurde, nach Sotschi.

„Es ist klar, dass die Situation extrem schwierig ist. Die Europäer wollen ebenso wie Russland Teil des Vertrages mit dem Iran bleiben. Sie verfügen jedoch nicht über genügend Instrumente, um dieses politische Streben zu gewährleisten. Hier ist es wichtig, dass sich die Europäer auf die Position Russlands verlassen. Die USA werden sicherlich darauf bestehen, dass Russland zusätzliche Forderungen an den Iran stellen müsse, wovon übrigens bereits von den Europäern gesprochen wird“, so Danilow.

In diesem weltpolitischen Rahmen zeichne sich die Aufgabe immer deutlicher ab, sagte er weiter. Jetzt sei es wichtig zu verstehen, ob es in den russisch-amerikanischen Beziehungen überhaupt eine vielversprechende Agenda gebe und ob sie die gegenseitigen politischen Risiken verringern könne. Die Suche nach einer möglichen Agenda, insbesondere vor dem Hintergrund des neuen US-Wahlkampfes, sei sehr wichtig.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32497/00/324970078.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.05.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **13-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von 9 Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben ukrainische Kämpfer von den Positionen der 53. mechanisierten Brigade aus unter Kommando des Kriegsverbrechers Grusewitsch zehn 120mm-Mörsergeschosse auf das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** abgefeuert. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Bryshinskijs aus der 93. mechanisierten Brigade das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf das Gebiet von **Wasiljewka** eröffnet. Unter Beschuss geriet die Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke, das Personal musste sich in den Schutzräumen in Sicherheit bringen.

Von der Positionen der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Terroristen Mischantschuk aus wurde sechs mal das Feuer auf die Gebiete von **Spartak, Wesjoloje** und den **Donezker Flughafen** unter Verwendung von 120mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen eröffnet. Außerdem haben Kämpfer aus der 24. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Guds die Gebiete von **Trudowskije** und **Staromichajlowka** mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen. Infolge des Beschusses des Petrowskij-bezirks von Donezk wurde eine Stromleitung in der Anantschenko-Straße 3a beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des Kriegsverbrechers Kuratsch aus der 79. Luftsturmbrigade die Gebiete von **Dsershinskoje** und **Leninskoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Infolge von erwidern dem Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen erlitt der Feind folgende Verluste: ein Kämpfer wurde vernichtet, drei wurden verletzt. Wir erhalten weiter Informationen über das **niedrige Niveau der militärischen Disziplin in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte** und den Unwillen der ukrainischen Soldaten, die Befehle der Kommandeure auszuführen.

Einen ehrenvollen ersten Platz nimmt die 35. Marineinfanteriebrigade ein, wo die Fahndung nach zwei Soldaten des 137. Bataillons, die eigenmächtig den Truppenteil mit der Waffe verlassen haben, anhält, ein. Wie uns bekannt wurde, ist es den geflohenen Marineinfanteristen gelungen, einen bewaffneten Überfall auf einen Einwohner von Wladimirowka zu begehen.

Zu der Fahndung nach den Verbrechern wurde der militärische Rechtsordnungsdienst hinzugezogen. Der Brigadekommandeur Palas, der endgültig die Kontrolle über seine

Kämpfer verloren hat, hat dem Personal verboten, den Stationierungsort der Brigade zu verlassen solange die Flüchtlinge nicht zurückgekehrt sind.

Auf dem zweiten Platz liegt die 93. mechanisierte Brigade, wo Soldaten des 20. Bataillons sich weigern, Aufgaben an der Kontaktlinie auszuführen, solange sie nicht die ihnen zustehenden Zuschläge für die Ausführung von Aufgaben an der ersten Verteidigungslinie erhalten haben, die auf Anweisung des Brigadekommandeurs Bryshinskij für den Kauf von Geschenken für die Mitglieder einer Kommission des Stabs der OOS verwendet wurde, die zur Überprüfung von Fällen von Verheimlichung von Verlusten im Zeitraum vom 1. bis 10. Mai in der Brigade gearbeitet hat.

abends:

de.sputniknews.com: **Poroschenko unterzeichnet umstrittenes Sprachgesetz**

Der scheidende ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Mittwoch ein Gesetz unterzeichnet, das die „ausschließliche Nutzung“ des Ukrainischen als Amtssprache in fast allen Lebensbereichen des Landes vorsieht. Dabei ist Russisch für viele Ukrainer die Muttersprache – selbst für Poroschenko.

Das neue Gesetz spalte die Nation nicht, sondern vereine sie, betonte der ukrainische Staatschef. Die Neuregelung ist laut Poroschenko so ausbalanciert, dass keine politische Macht in der Ukraine Grund für eine Revision hätte.

Am 24. April war der entsprechende Gesetzentwurf vom ukrainischen Parlament abgesegnet worden.

Das Gesetz sieht die Nutzung der ukrainischen Sprache praktisch in allen öffentlichen Bereichen vor: in den Staatsbehörden, an Schulen, Hochschulen und Krankenhäusern, in Geschäften und Cafés, in Gerichten, bei der Armee, der Polizei usw. Nur Privatgespräche und Religion sind hiervon ausgenommen.

Die Liste der Personen, die laut dem neuen Gesetz die ukrainische Sprache beherrschen müssen, umfasst unter anderem den Präsidenten, Premierminister, Regierungsmitglieder, Abgeordnete, Lehrkräfte, Ärzte, Anwälte und Notare.

In den nächsten neun Monaten soll zudem eine spezielle Kommission gebildet werden, die die Umsetzung des Gesetzes kontrollieren soll. Bei Verstößen droht eine Geldstrafe von bis zu 11.900 Hrywnja (etwa 400 Euro).

Allerdings wird die Verwendung des sogenannten „Surschyk“ – einer Mischsprache auf der Grundlage des Ukrainischen und Russischen – nicht unter Strafe gestellt.

Dabei wird in dem Gesetz für Englisch und andere Sprachen der EU eine Ausnahme gemacht. Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow zeugt diese Tatsache davon, dass die Neuregelung eigentlich nur gegen die russische Sprache gerichtet ist.

Die Mehrheit der Ukrainer spricht nach unterschiedlichen Angaben im Alltag Russisch. Der gewählte Präsident der Ukraine, Wladimir Selenski, hatte zuvor versprochen, das Sprachgesetz auf Übereinstimmung mit der Verfa

Die ukrainische Opposition kritisiert, das Sprachgesetz diskriminiere die russischsprachigen Ukrainer. Juri Bojko, Vorsitzender der Partei „Oppositions-Plattform“, kündigte Klage vor dem ukrainischen Verfassungsgericht an.

Interessanterweise spricht Selenski Ukrainisch nicht gerade einwandfrei: Seine Frau Jelena sagte gegenüber dem ukrainischen Dienst der BBC, sie suchten derzeit nach einem Lehrer. „Natürlich können wir Ukrainisch und sprechen es frei. Aber es ist eine Sache, das im Alltag zu tun, wo man die Wörter schnell findet und alles gut geht.“ Doch Selenski stehe in letzter Zeit unter großem Druck und habe viel Stress. Deshalb falle es ihm manchmal schwer, Ukrainisch fehlerfrei zu sprechen.

Bei der Stadion-Debatte mit Poroschenko war Selenski hin und wieder ins Russische gewechselt und hatte sich damit Buh-Rufe aus dem Publikum eingehandelt.

Poroschenko hatte zuvor selbst eingeräumt, dass Russisch seine Muttersprache sei. Im Jahr 2016 hatte der amtierende Präsident in einer Pressekonferenz das ukrainische Wort für „Geldbeutel“ vergessen und musste seinen Pressesprecher um Hilfe bitten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32497/12/324971223.jpg>

de.sputniknews.com: **Unveröffentlichter OPCW-Bericht: Giftgasangriff im syrischen Dum inszeniert**

Nach eigener Auskunft hatte die Working Group on Syria, Propaganda and Media Zugang zu einem unveröffentlichten Bericht der OPCW-Mission zur Sammlung von Fakten über einen angeblichen „chemischen Angriff“ in der syrischen Stadt Duma am 7. April 2018. In diesem Bericht wird deutlich, dass der Vorfall inszeniert wurde.

Nach dem Vorfall in Duma wurde mit zwei Chlor-Ballons, die vor Ort beobachtet wurden, der Einsatz von Giftgas untersucht. Es handelt sich um ein Dokument, das angeblich aus dem endgültigen Bericht herausgenommen wurde.

Sputnik sprach mit Piers Robinson, Ko-Direktor der Organisation for Propaganda Studies und Professor der University of Sheffield. Er hat den unter Verschluss gehaltenen Bericht veröffentlicht.

Können Sie über den unveröffentlichten technischen OPCW-Bericht sprechen? Wie haben Sie den Zugang zu dem Dokument bekommen?

Uns wurde eine fachlich-wissenschaftliche Einschätzung übergeben, und wir haben eine zuverlässige Bestätigung ihrer Authentizität aus mehreren Quellen.

Die im Bericht angegebenen Fakten zeigen, dass der C-Waffen-Angriff in Duma inszeniert wurde. Um was geht es im Detail und wie bestätigen sie diese Mutmaßung?

In dem Bericht geht es um gelbe Zylinder, die in den Orten 2 und 4 entdeckt wurden. Laut der ersten Hypothese, die mit der Behauptung übereinstimmt, dass der vermeintliche Angriff durch die syrische Regierung verübt wurde, wurden die Zylinder von Hubschraubern der syrischen Armee abgeworfen. Die zweite Hypothese besteht darin, dass die Zylinder in diesen Orten aufgestellt wurden, und wenn es so ist, wurde der vermeintliche Angriff etappenweise von bewaffneten Antiregierungsgruppierungen verübt und für Vorwürfe gegen die syrische Regierung genutzt.

Laut der erhaltenen Ingenieur-Einschätzung zeigen die erörterten Beweise, dass kein einziger Zylinder von einem Hubschrauber abgeworfen wurde und die Zylinder manuell aufgestellt wurden. Natürlich stellten Skeptiker in Duma Fragen zu diesen Zylindern, besonders zu dem Zylinder, der ein Dach durchgeschlagen, durch ein Zimmer geflogen und auf einem Bett gelandet sein soll.

In diesem technischen Bericht wird das vermutet, was von vielen seit langem geahnt wurde – dass die Zylinder von Anti-Regierungskräften aufgestellt wurden.

Warum wurde dieser Teil der Beweise zum Fall über den vermeintlichen C-Waffen-Angriff

nicht in den veröffentlichten Bericht aufgenommen?

Wichtig ist hervorzuheben, dass diese Frage nur eine von vielen ist. Wie wir in unserem Informationsschreiben verwiesen haben, gibt es viele Probleme mit dem Schlussbericht der OPCW über Duma, zudem fehlt es an Transparenz bezüglich der Tatsache, wie sie ihre Einschätzungen machten.

So sagte BBC-Producer Riam Dalati vor kurzem, dass die in Duma aufgenommenen Szenen aus dem Krankenhaus inszeniert wurden, was durch die Augenzeugenberichte bestätigt wird, die von der Russischen Föderation bereits im April vorgelegt wurden. Es gibt auch andere Fragen darüber, wie die verstorbenen Zivilisten sich im Gebäude 2 erwiesen. Viele Fragen bleiben ungelöst und bekamen keine adäquate Antwort im Schlussbericht der Fact-Finding-Mission.

Wer ist daran schuld, dass im Bericht wichtige Informationen fehlten, zu denen Spezialisten Zugang hatten?

Jetzt besteht die Frage für die OPCW darin, warum im Abschlussbericht der Mission die technische Einschätzung dieser Zylinder nicht verwendet wurde und warum stattdessen andere Einschätzungen verwendet wurden, die von nicht genannten Experten gemacht wurden. Da die USA, Frankreich und Großbritannien Syrien als Antwort auf den vermeintlichen C-Waffen-Angriff bombardierten, sind sie äußerst daran interessiert, dass die OPCW einen Bericht veröffentlicht, der den Angriff auf Syrien rechtfertigt. Natürlich stellt sich die Frage, ob die OPCW unter Druck gesetzt wurde.

Wir haben eine ähnliche Dynamik vor der Invasion im Irak 2003 gesehen, als Experten manchmal unter Druck gesetzt wurden und sie sich abseits hielten, als die Regierungen der USA und Großbritanniens falsche Erklärungen in Bezug auf die angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen abgaben. Jetzt soll eine unabhängige Untersuchung dessen gemacht werden, wie die OPCW funktioniert, und natürlich eine unabhängige und wissenschaftlich Untersuchung dessen, was in Duma geschah. Zum jetzigen Zeitpunkt entsprechen die von der OPCW veröffentlichten Berichte nicht der Realität. Dieser technische Bericht löst immer mehr Verdächtigungen in Bezug auf die Glaubwürdigkeit dieser Berichte und die Arbeit der OPCW aus.

Wurde über diese Entdeckung von irgendwelchen Mainstream-Medien berichtet?

Bislang wollen die führenden Medien sich anscheinend nicht mit dieser Geschichte befassen. Wie es oft im Bereich Krieg und Außenpolitik vorkommt, verhalten sich Journalisten oft zu respektvoll gegenüber dem Ansehen der politischen Macht. Das ist also nicht erstaunlich. Doch was in Duma geschah, war ein Kriegsverbrechen. Solange wir nicht genau feststellen, was genau geschah und wer die Verantwortung trägt, werden die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen.

Erwarten Sie irgendwelche dringenden Untersuchungen nach dieser Veröffentlichung? Wie war die Reaktion?

Robinson: Ich denke, dass die OPCW heute Abend antworten wird. Bislang haben sie die Glaubwürdigkeit dieses Berichts nicht abgestritten sowie die Tatsache, dass der genannte Mensch OPCW-Mitglied ist, doch sie dementierten, dass dieser Bericht und der Mensch Teil der Fact-Finding-Mission sind. Mal sehen, ob sie heute noch etwas sagen werden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32497/16/324971697.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Heute im Verlauf des Tages haben nazistische Banden der Ukraine das **Feuer auf Vorstädte von Donezk** eröffnet, dabei wurden Häuser örtlicher Einwohner beschädigt.

Durch Mörserbeschuss aus Richtung Marjinka in Richtung **Alexandrowka** wurden die Verglasung und die Dächer von drei Wohnhäusern beschädigt:

- Tschesljukinzew-Straße 1;
- Schewtschenko-Straße 2;
- Lenin-Straße 57.

Außerdem von infolge von Beschuss aus Richtung Slawnoje in Richtung **Signalnoje** die Verglasung eines Wohnhauses in der Gagarin-Straße 16 eröffnet.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Türkei lehnt Verschiebung der S-400-Lieferungen ab**

Ankara wird laut dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu die geplante Anschaffung der russischen Flugabwehrraketensysteme S-400 weder verschieben noch stoppen.

„Es handelt sich nicht um eine Verschiebung oder Stornierung der Lieferungen (der Flugabwehrsysteme S-400 – Anm. d. Red.). Der Anschaffungsvertrag ist eine beschlossene Sache, wozu sollten wir eine mögliche Verschiebung der Lieferungen besprechen? Es steht auch nicht auf der Tagesordnung“, sagte Çavuşoğlu.

Ankara und Washington würden ihre Verhandlungen zur Schaffung einer Arbeitsgruppe fortsetzen, die die Auswirkungen der S-400-Anschaffung untersuchen sollte, so der türkische Außenminister.

„Lasst die Experten arbeiten, um die Bedenken der USA zu beseitigen. Unsere Kontakte zu den USA dauern an. Bislang gibt es noch nichts Bestimmtes, aber unsere Vorgehensweise bei dieser Frage ist konstruktiv“, so Çavuşoğlu weiter.

Zuvor hatte es Medienberichte gegeben, denen zufolge die Regierung von Donald Trump die Türkei gebeten habe, die für Juli geplante Anschaffung der Luftabwehrkomplexe bis 2020 aufzuschieben.

Russland und die Türkei hatten im Dezember 2017 ein Kreditabkommen zur Lieferung von S-400 unterzeichnet. Ankara kauft demnach zwei Batterien, die von türkischen Militärs bedient werden sollen. Zwei weitere Batterien sollen in der Türkei montiert werden.

Die USA und andere Nato-Länder hatten Ankara wiederholt wegen des Deals mit Moskau kritisiert. Zudem hatte das Pentagon der Türkei klar gemacht, dass der Erwerb der russischen Raketenabwehrsysteme S-400 ihre Teilnahme am Programm zur Entwicklung des neuesten US-amerikanischen F-35-Jagdbombers völlig ausschließen werde.